



2004/19 Antifa

<https://ads.jungle.world/artikel/2004/19/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

In der Nacht zum 28. April griffen in Erfurt (Thüringen) sechs Personen einen 30jährigen Marokkaner an. Zwei Frauen und vier Männer im Alter zwischen 14 und 23 Jahren schlugen auf den Mann ein, der sich jedoch mit einem Messer verteidigen konnte. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in Deutschland 263 antisemitische Straftaten registriert. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fritz Rudolf Körper, am 28. April im Bundestag berichtete, wurden dabei drei Personen verletzt. Eine Umfrage der US-Bürgerrechtsorganisation Anti-Defamation League (ADL) in zehn westeuropäischen Staaten ergab, dass ein Drittel aller Deutschen zu antisemitischen Vorurteilen neige. Mit 36 Prozent liegen die Bundesbürger damit in Europa an erster Stelle. Wie der Vorsitzende der ADL, Abraham H. Foxman, auf einer Pressekonferenz am 26. April mitteilte, glaubten 50 Prozent der Befragten, Juden seien gegenüber Israel loyaler als gegenüber ihrem eigenen Staat. 30 Prozent seien der Meinung, dass Juden sich an erster Stelle um ihr eigenes Wohlergehen kümmerten. Lediglich 21 Prozent hätten sich für Israel ausgesprochen. Für die Studie wurden 500 deutsche Staatsbürger befragt. Am 23. April griffen Jugendliche in Großröhrsdorf (Sachsen) eine Gruppe von Sinti und Roma an, die auf dem dortigen Sportplatz campierte. Wie die Sächsische Zeitung am 24. April berichtete, zogen sie die Stromkabel von 15 Wohnwagen der »Zigeuner«, wie die Zeitung die Sinti und Roma nennt, ab und brüllten ausländerfeindliche Parolen. Wie die taz am 20. April berichtete, wurden in Hamburg bei der ersten großen »Sammelabschiebung« in die Türkei 43 Personen abgeschoben. Darüber hinaus nutzte die Hamburger Ausländerbehörde die Gelegenheit und suchte nach den Worten des Pressesprechers Norbert Smekal morgens um fünf Uhr noch weitere sieben »Ausreisepflichtige« auf, um sie ebenfalls zum Flughafen in Hamburg zu bringen. Außerdem wurden mit demselben Flugzeug noch zwei Familien aus benachbarten Bundesländern abgeschoben. Bereits am 18. April nähte sich ein 40jähriger Iraner aus Protest gegen seine drohende Abschiebung durch die Ausländerbehörde Pinneberg (Schleswig-Holstein) Mund, Augen und Ohren zu und trat in einen Hungerstreik, wie die taz am 23. April berichtete. Wie das Hamburger Abendblatt am 23. April meldete, wurde der dritte Asylantrag des seit 1996 in Deutschland lebenden Mannes im Jahr 2003 vom Verwaltungsgericht in Schleswig abgelehnt, so dass er seit acht Jahren ohne Duldungsstatus leben muss. »Die Aussichtslosigkeit, Recht zu bekommen, und die jahrelange Hinhaltetaktik der Behörden zwangen ihn zu der krassen Aktion«, sagte der Sprecher der Initiative Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen, Ralf Lourenco. Der Betroffene hatte sich im Iran seit 1982 in der Opposition gegen das islamistische Regime engagiert. Rund der Hälfte der in Hamburg lebenden 17 000 Afghanen droht demnächst die Abschiebung. Auf der nächsten Innenministerkonferenz am 8. Juli in Kiel

soll eine Entscheidung für den Beginn systematischer Massenabschiebungen fallen.

os

© Jungle World Verlags GmbH